

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

8.2.1906 (No. 44)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 8. Februar.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Nr. 44.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

1906.

Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 24. Januar d. J. gnädigst geruht, die auf Professor Dr. Troeltsch gefallene Wahl zum Rektor der Universität Heidelberg für das Studienjahr von Ostern 1906 bis dahin 1907 zu bestätigen.

Mit Entschliessung der Oberdirektion, des Wasser- und Straßenbaues sind versetzt worden: Bezirksgeometer Fridolin Tröttschler in Freiburg nach Säckingen und Bezirksgeometer Otto Wacker in Säckingen nach Freiburg.

Nicht-Amtlicher Teil.

Die ungarische Krise

Ist, nachdem der Kaiser die Vorschläge der Koalition, wie begreiflicherweise zu erwarten war, abgelehnt hat, neuerdings akut geworden. Jetzt, da sich der Verlauf der Mission des Grafen Andrássy atemlos prüfen läßt, wird es klar, warum der anscheinend so hoffnungsvoll eingeleitete Versuch, eine Verständigung zwischen der Krone und der Koalition herbeizuführen, fehlgeschlagen mußte. Die Friedenshoffnung stütze sich vornehmlich auf die Voraussetzung, die Koalition habe sich entschlossen, die der Auffassung der Krone von ihrem militärischen Hoheitsrecht widersprechenden und deshalb von der Krone überzeugungsgemäß abgelehnten Forderungen fallen zu lassen. Diese Voraussetzung erweist sich als falsch. Die Krone hatte der Koalition die Uebernahme der Regierung unter der Bedingung angeboten, daß sie in bezug auf die Sprache des Heeres keine neuen Zugeständnisse erhalte und sich mit der Ausführung des vom Neunemtomitee der liberalen Partei entworfenen Programms begnüge. Die Koalition beantwortete diesen Antrag damit, daß sie nicht bloß das in ihrer Adresse aufgestellte militärische Programm seinem ganzen Umfang nach aufrecht erhielt, sondern sie verlangte für die zu bildende Regierung auch die Ermächtigung, dies ausdrücklich zu erklären. Anstatt, wie man von ihrem Friedenswillen wohl erwarten durfte, die ebenso heikle, wie praktisch für den Augenblick nicht dringende Frage der prinzipiellen Aufassung des Hoheitsrechtes ruhen zu lassen, traf die Koalition hiermit gerade den Punkt, in welchem die Krone sich am empfindlichsten zeigte, mit aller Schärfe und ohne ersichtlichen Vorbehalt für die Nation. Das Zugeständnis der Koalition bestand darin, daß sie die Erfüllung ihrer militärischen Forderungen nicht sogleich verlangte, wohl aber binnen einer nicht eben lange bemessenen Frist. Zudem nämlich die Koalition von der Annahme ausging, die Krone wolle nur deshalb nicht in die aufgestellten militärischen Begehren, weil sie nicht überzeugt sei, daß die Koalition hierin wirklich den Willen der Nation vertrete, schlug sie vor, die neue Regierung möge zunächst die Wahlreform in die Hand nehmen, dann solle nach der Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes der Reichstag aufgelöst werden, und wenn aus den Neuwahlen eine Majorität hervorgehe, welche an den gestellten Begehren festhält, dann seien sie auch der Erfüllung zuzuführen. Die Krone hätte mit Absicht sich selbst täuschen müssen, um in dieser Antwort ein Eingehen auf ihre Wünsche zu erblicken. Daß die Koalition sich in Uebereinstimmung mit den Wählern befand, als sie die Einführung der ungarischen Sprache bei dem ungarischen Teil der Armee verlangte, das bezweifelt niemand, und es ist kein Grund anzunehmen, daß die Krone es bezweifelte. Ebenjowenig, daß Neuwahlen, die auf Grund eines von der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit votierten Wahlgesetzes ausgeschrieben würden, kein anderes Resultat erwarten ließen. Wenn die Krone sich weigert, bezüglich der Sprache der Armee Zugeständnisse zu machen, so geschieht es in der Ueberzeugung, daß es ihr gesetzlich festgelegtes, verfassungsmäßiges Recht sei, in dieser Frage so lange allein und unabhängig vom Willen der Majorität zu verfügen, als das Gesetz nicht auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert worden ist. Was demnach von ihr verlangt wurde, war nicht bloß das Aufgeben des Rechtsstandpunktes, den die Koalition mit Rücksicht auf die schwierige Lage des Landes respektieren und mit dem sie „praktisch rechnen“ wollte, sondern die jetzt schon zu übernehmende Verpflichtung, unter verstärktem Drucke die Forderungen zu bewilligen, welche die Krone grundsätzlich ablehnen zu müß-

sen glaubt. Die sofortige Bewilligung der sprachlichen Forderungen würde der Krone vermutlich leichter fallen, als diese Zusage; denn was sie aus eigener Machtvollkommenheit in Ausübung ihres Hoheitsrechtes gewährt, würde der Zukunft nicht präjudizieren, während die Krone, wenn sie die Gewährung von dem Ausfall der Neuwahlen abhängig machen wollte, damit für alle Zukunft anerkannt hätte, daß sie sich auch in den Fragen des militärischen Oberbefehls dem Willen des Reichstages zu unterwerfen habe. Daraus allein geht hervor, daß es eine Täuschung war, zu glauben, das drückende Gefühl der Verantwortlichkeit für die möglichen Folgen des fortwährenden Konflikts habe die Koalition bereits dahin gebracht, daß sie, um sich in den Besitz der Macht zu setzen und die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes zu erreichen, sich entschließen werde, die militärischen, wie überhaupt alle nicht zu sofortiger Lösung drängenden Fragen ruhen zu lassen. Die Koalition hat aber, weit entfernt davon, noch andere, zum Teil selbst in der Adresse nicht berührte Fragen zwischen Parlament und Krone aufgeworfen. In bezug auf die Handelsverträge verlangte die Antwort der Koalition auf die kaiserliche Bottschaft, daß die Verträge nicht so, wie sie abgeschlossen wurden, nämlich im Namen der ein Zollgebiet bildenden österreichisch-ungarischen Monarchie, sondern für Ungarn allein und für Oesterreich allein ratifiziert werden sollen, wozu übrigens nicht bloß die Zustimmung der Krone, sondern auch diejenige der fremden Staaten notwendig wäre, mit denen die Verträge geschlossen wurden. Das Zoll- und Handelsbündnis soll nicht erneuert, sondern an Stelle desselben zwischen Oesterreich und Ungarn ein Handelsvertrag auf Grund gegenseitiger Zollfreiheit geschlossen werden. Die Frage, ob nicht dritte Staaten dann auf Grund der Meistbegünstigung das gleiche fordern würden, scheint sich die Koalition nicht vorgelegt zu haben. Dritte Staaten sind ebensowenig verpflichtet, eine Zollunion anzuerkennen, die in Wahrheit ein Handelsvertrag ist, als einen Handelsvertrag, der in seiner Wirkung einer Zollunion gleichkommt. Dazu kommt aber überdies eine der heikelsten Verfassungsfragen, welche von der Koalition damit aufgeworfen wird, daß sie Reformen zur Befestigung der verfassungsmäßigen Garantien einzuführen, das heißt, das Recht der Krone, den Reichstag zu verlagern, zu beschränken wünscht. Auf solcher Grundlage mußte das Friedenswerk scheitern. Daß die Krone diese Forderungen annehmen werde, daran hat wohl der Koalitionsausschuß selbst nicht geglaubt. Trotzdem erscheint es nicht als unermessliche Notwendigkeit, daß damit die Bemühungen um Beilegung des Konflikts eingestellt sein müssen. Die Koalition würde sich nichts vergeben, wenn sie ihre Vorschläge, mit denen sie so weit übers Ziel geschossen hat, einer neuerlichen Revision unterziehen wollte.

Rumänisches Heerwesen.

Das rumänische Heeresreformgesetz für das Jahr 1906/07 beläuft sich auf 44 113 887 Lei und weist somit gegen das laufende eine Erhöhung von 2 500 000 Lei auf. Als Neuaufstellungen sind vorgesehen: Vier neue Schnellfeuerbatterien für die Feldartillerie, zwei Kompanien für die Fußartillerie, eine Schießschule für die Infanterie, eine Abteilung für die Luftschiffahrt und zwei Patrouillenboote für die Donauflotte. In seinem Motivenbericht bemerkt der Kriegsminister, daß die angegebene Erhöhung des Militärbudgets nicht als die letzte anzusehen sei, auch erreiche das neue Budget noch lange nicht seine normale Höhe. Es sei daher als sicher anzunehmen, daß der Etat für die Heeresausgaben noch einige Jahre erhöht werden müsse. Mit den angeführten Neuaufstellungen sei nämlich die Organisation des Heeres, insbesondere der Artillerie, noch lange nicht als abgeschlossen zu betrachten, denn es müßten noch mehrere Feldhaubitzen- und reitende Batterien usw. errichtet werden. Ferner müßten jährlich die Ausgaben für die Herstellung der Infanterie- und Artilleriemunition vermehrt werden, um die Vorräte für den Krieg auf vollem Stand zu erhalten. Weiter erfordere auch die Marine und die Erhaltung und Verbesserung der Verteidigungsmittel der Fluß- und Seeufer eine nicht unbeträchtliche Erhöhung der Ausgaben. Die vorgezeichneten Ausgaben für die Bekleidung und Ausrüstung hätten in diesem Voranschlag geringer angesetzt werden können, weil das Kriegsministerium in den letzten Jahren die Vorräte mit den zur Verfügung gestellten außerordentlichen Mitteln ergänzen

konnte; für die Zukunft aber müßten auch diese Ausgaben in normaler Höhe in den jährlichen Budgets figurieren, damit die Heeresverwaltung nicht gezwungen werde, für solche ordentliche Ausgaben auf außerordentliche Kredite zurückzugreifen. Mit diesen müßten meist die Kosten für die Neuaufstellungen bestritten werden; dagegen sei die fernere Unterhaltung dieser Formationen durch das ordentliche Budget zu tragen. Außerdem werde das Budget in Zukunft eine Steigerung erfahren müssen durch die in Aussicht genommene Erhöhung der Gehälter der Stabsoffiziere und Generale, welche seit den vor 5 Jahren erfolgten allgemeinen Gehaltsverminderungen zu sehr im Mißverhältnis zu denen der Oberoffiziere ständen. Der Kriegsminister schließt seinen Motivenbericht mit folgenden Worten: „Aus diesen wenigen Angaben kann man, glaube ich, deutlich ersehen, daß das Budget des Kriegsministeriums erheblich wird erhöht werden müssen. Es ist schwer und sogar unmöglich, schon jetzt diese Erhöhung ziffernmäßig anzugeben; ich sah mich aber verpflichtet, die Herren Deputierten schon jetzt davon zu verständigen, damit im nächsten Jahre der Kriegsminister keinen allzu großen Schwierigkeiten begegnet. Ich habe eben angedeutet, daß das Budget in Zukunft eine Steigerung durch die Erhaltung der Neuaufstellungen erfahren wird, ohne daß die erste Ausgabe für diese Formationen das ordentliche Budget belastet. Diese erste Ausgabe aber ist unerlässlich und sie kann nicht anders als durch außerordentliche Kredite gedeckt werden. Zu diesen wird auch das Kriegsministerium seine Zuflucht nehmen müssen und, wie Ihnen durch die Thronrede mitgeteilt wurde, werden wir über kurz oder lang das nötige Gesetz unterbreiten. Keinesfalls aber können mit der jetzt zu fordernden Summe alle Bedürfnisse gedeckt werden.“ Wie verlaute, sollen vorläufig 30 000 000 Lei gefordert werden.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Berlin, 6. Februar.

Abg. Graf Kanitz fährt fort: Anstatt an eine Vereinfachung und Verbilligung der bestehenden Versicherungsorganisationen zu denken, erwägt das Reichsamt des Innern alle möglichen neuen Versicherungsprojekte. Woher sollen die riesigen Summen für die Witwen- und Waisenversorgung genommen werden? Will man die sogenannten harten Schultern so hoch belasten, bis sie zusammenbrechen? Wie soll unsere Industrie bestehen, in dem Konkurrenzkampf gegen Amerika und Frankreich, wo die Arbeiterversicherung die Arbeitgeber wenig belastet? Die bedauerndwert niedrigen Löhne in der Heimarbeit hängen zusammen mit dem Zustrom der ländlichen Bevölkerung nach den größten Städten, wo sie das Angebot vermehrt und die Löhne herabdrückt.

Abg. Dr. Fackelde (fr. Vgg.) führt aus: Man muß den Arbeitern das faktische Koalitionsrecht geben. Mit unorganisierten Arbeitern verhandelt es sich viel schwerer, als mit organisierten. Den Berufsvereinen fehlt das Recht, Grundeigentum zu erwerben und Hypotheken eintragen zu lassen; sie müssen der Willkür der unteren Verwaltungsbehörden entgegen werden. Die Frage der Arbeiterkammern erscheint mir noch nicht spruchreif, aber an die Einführung eines Zehnjahrestages muß man jetzt herantreten. Die nächste dringliche Reform ist die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die landwirtschaftlichen Arbeiter und auf die Heimarbeiter.

Abg. Bruhn (Reformp.) verlangt eine kräftige Mittelhandspolizei.

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky erklärt: Ob es einer Regierung gelingen wird, alle Deutschen zufrieden zu stellen, ist mir sehr zweifelhaft. Im Laufe der Debatte ist ein ganzliches Verbot der Bleiverwendung in der Farbenfabrikation angeregt worden. Wir können aber nicht ganz die deutsche Bleigewinnung lahmlegen. Man sollte nur die sehr einschneidenden Bundesratsverordnungen bezüglich der Bleigewinnung beachten, das tun auch die Arbeiter selbst nicht. Ueber die Sonntagsruhe im Mühlengewerbe besteht bereits eine Verordnung. Ueber die Erhebungen über die Sonntagsruhe im Binnenschiffahrtsgewerbe und die Arbeitszeit in diesem Gewerbe werden demnächst dem Reichstage Mitteilungen zugehen. Bezüglich der Fabrikinspektion fehlt es an Anwärtern zu dieser Tätigkeit. Bei der Festsetzung der Renten wird das Reichsversicherungsamt auf eine sorgfältige Prüfung halten. Der Gesetzentwurf über die Vereinheitlichung der sozialpolitischen Gesetze wird hoffentlich gegen Ende 1907 im Reichsamt des Innern fertiggestellt werden können. In der Frage der Arbeiterkammern sind endgültige Grundzüge noch nicht festgesetzt. Zur Verbesserung der Armenpflege halte ich an meinen Vorschlägen fest. Gefamtarbeiterverbände zu schaffen. Wenn man gegen die sozialpolitische Gesetzgebung Deutschlands jetzt so vielfach scharfe Angriffe richtet, so bemerke ich: nur um Dankbarkeit zu ernten, gibt kein Staat Gesetze. Wenn Deutschland einen so gewaltigen industriellen Aufschwung genommen hat wie kein Land Europas in den letzten Jahrzehnten, so verdient es das unzweifelhaft seinen Arbeitern, und auf deren Bildung und gute körperliche und geistige Erziehung hat die sozialpolitische Gesetzgebung

(Mit einer Beilage und einer Landtagsbeilage.)

ganz außerordentlich eingewirkt. Die Beurteilung des Verhaltens der Regierungsvertreter auf dem Kölner Handwerkerkongress bestätigt meine Auffassung, daß man keine Regierungsvertreter zu Kongressen entsenden sollte. Im Laufe der Debatte ist eine Enquete über die Lage des Kaufmannsstandes gefordert worden. Ich frage mich hier in Berlin oft beim Anblick neuer Kaufmannsläden: Lag hier wirklich ein Bedürfnis der Konsumenten vor, oder hatte nur der Hausbesitzer ein Interesse, einen neuen Laden einzurichten? Wer etwa glaubt, daß die Arbeiterbewegung nach der Verbesserung der Lebensverhältnisse und nach der stärkeren Beteiligung am öffentlichen Leben aufhören könnte, der befindet sich in einem großen Irrtum. Die Sozialdemokratie erhebt allerdings Forderungen, die niemals durchzuführen sind, und weil sie das weiß, erklärt sie, das ganze bestehende Recht müsse beseitigt werden. Da muß man eine Arbeiterbewegung begrüßen, die die Lage der Arbeiter im Rahmen des monarchistischen Staates verbessern will. Wir haben also den allerdringendsten Grund, die christliche Arbeiterbewegung zu unterstützen. (Beifall im Zentrum.) Es gibt Minister, die bei der Lesüre von Kritiken ihrer sorgfältig vorbereiteten Vorlagen manchmal an die Minister im absoluten Staat zurückdenken, aber diese Zeiten sind vorbei, von diesen Gottheiten sind nur noch Schatten übrig geblieben. Manchem Sozialpolitiker ist jede Arbeiterbewegung unsympathisch. Wenn im Lande die Neigung zu sozialpolitischer Tätigkeit abnimmt, so beruht das darauf, daß die Sozialdemokratie mit der Revolution spielt und nicht objektiv genug ist, anzuerkennen, was der Staat und die bürgerliche Gesellschaft getan haben. Auch in der Politik ist strengste Wahrheitsliebe und strengste Gerechtigkeit die beste Taktik. Die Kritik der sozialdemokratischen Redner über die Meise der Birminghamer Arbeiterdeputation durch Deutschland ist vollkommen unberechtigt. Die Sozialdemokratie macht den taktischen Fehler, daß sie nicht anerkennt, was auf sozialpolitischem Gebiete geschehen ist. Dadurch verstimmt sie die Regierung, verbittert die bürgerlichen Parteien und täuscht die Arbeiter. (Lebhafte Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Dahlen (Zentr.) wünscht Regelung der Sonntagsruhe und Nachtruhe in der Binnenverkehrsfahrt.
Abg. Hue (Soz.) sagt, wir erkennen gewisse Vorzüge der deutschen sozialpolitischen Gesetzgebung vor den Zuständen im Auslande an. Das tun besonders die Gewerkschaften, aber wie es keine christlichen Arbeitgebervereinigungen gibt, sind auch die christlichen Gewerkschaften nicht berechtigt. Die Bestrebungen der Gewerkschaften haben nichts mit Politik und Religion zu tun. Ich fordere die Reichsregierung auf, sich mit den Verhältnissen der Eisen- und Stahlindustrie gründlich zu befassen. Ich möchte ferner dringend bitten, daß sich die Regierung insbesondere mit der Frage der Gewerbeinspektion in den Hüttenbetrieben beschäftigt, vor allem damit, ob es nicht möglich ist, Hilfsinspektoren aus den Kreisen der Arbeiter heranzuziehen. Ich bitte um Veranstaltung einer Enquete über die Verhältnisse der Metallarbeiter, insbesondere über eine Festlegung der Leberstunden und Leberstufen usw. Sämtliche Funktionäre des Metallarbeiterverbandes werden auf Kosten der Organisation der Reichsregierung bereitwillig mit Material zur Hand gehen.

Darauf tritt Vertagung ein. Nächste Sitzung: Mittwoch nachmittag 1 Uhr. Tagesordnung: Toleranzantrag; Wahlrechtsantrag für die Volksvertretungen der Bundesstaaten und Antrag auf Gewährung von Beihilfen für Kriegsteilnehmer. Der Toleranzantrag wird auf Antrag des Grafen Sompesch (Zentr.) von der Tagesordnung zurückgezogen. Schluß nach 6 1/2 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 7. Februar.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Auf der Tagesordnung steht ein sozialdemokratischer Antrag, betreffend Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die Volksvertretung in den einzelnen Bundesstaaten und ein Antrag, betreffend die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer.

Abg. Bernstein (Soz.) begründet zunächst den sozialdemokratischen Antrag. Das geforderte Wahlrecht soll allen Reichsangehörigen über 20 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts erteilt werden. Redner legt eingehend die lange parlamentarische Geschichte des Antrags dar, den seine Partei immer wieder einbringen werde, bis seine Annahme erfolge, und geht dann auf die Verhältnisse in den Einzelstaaten, zunächst Sachsen, Lübeck und Hamburg, ein. (Der Staatssekretär Graf v. Posadowsky betritt den Saal.) In Preußen kann nur deswegen von einer Rückwärtsrevision des Wahlrechts keine Rede sein, weil es nicht weiter rückwärts geht. Redner geht dann auf die sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen und auf die russische Revo-

lution ein, die eine Notwendigkeit für das russische Volk geworden war.

Hanfeatischer Bundesratsbevollmächtigter Klümann protestiert entschieden — fortwährend von sozialdemokratischen Zurufen unterbrochen — gegen die Beleidigungen Bernsteins gegen die Hansestaaten und sagt: Ist das Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit? (Zuruf: Das ist Wahrheit!) Nein! Das ist die Freiheit des Schimpfens. (Lärmender Widerspruch.) Redner fortfahrend: Bernstein übernahm auf seine Partei die Brutalitäten, die in Hamburg vorgekommen sind. Er sprach nur vom Fensterwürfen aber nicht von der damit verbundenen Absicht zu stehlen. Ob das Vorgehen der Hamburger Behörden berechtigt war, hat der Reichstag kein Recht zu entscheiden.

* Berlin, 7. Febr. In der gestrigen Sitzung der Bankkommission des Reichstages warnte Staatssekretär Febr. v. Stengel vor dem Versuche, mit der Banknotenvorlage Bestimmungen über die Einziehung der Reichsstampfen und über die Aenderung des Artikels 4 des Münzgesetzes in dem Sinne der Erhöhung der Kuponquote von 15 auf 20 M. zu verabschieden. Wegen der Aenderung des Reichsstampfengesetzes solle unmittelbar nach der Verabschiedung der Banknoten eine gesonderte Gesetzesvorlage eingebracht werden.

* Berlin, 7. Febr. Die Steuerkommission des Reichstages lehnte gestern mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung den ersten Paragraphen der Regierungsvorlage, betreffend die Besteuerung des Zigarettenpapiers ab und nahm mit 16 Stimmen die beiden Paragraphen des heute eingegangenen Antrages Held (natl.) und Genossen an. Der erste Paragraph setzt den Einigungsoll für feingehackten Tabak auf 800 M., für Zigaretten auf 2000 M. für den Doppelzentner fest. Der zweite Paragraph setzt neben der bisherigen Tabakmaterialsteuer für den im Inlande geschmittenen Zigarettentabak und die im Inlande hergestellten Zigaretten eine besondere Steuer fest, und zwar soll diese besondere Steuer betragen: 1. für 1000 Stück Zigaretten im Kleinverkaufspreise bis zu 10 M.: 1 M., bis 20 M.: 2 M., bis 30 M.: 3 M., bis 40 M.: 4 M., über 40 M.: 12 M.; 2. für Zigarettentabak im Kleinverkaufspreise von 2—3 M. per Kilogramm 20 Pf., bis 5 M.: 80 Pf., bis 8 M.: 1,80 M. und über 8 M.: 2 M.

* Berlin, 7. Febr. Die Budgetkommission des Reichstages genehmigte ohne erhebliche Debatte den 3. Nachtragsetat zum Reichshaushaltsetat und begann die Beratung des Ostafrikasetats.

Die Marokko-Konferenz.

(Telegramm.)

* Algier, 7. Febr. Der Vorkant der vier durch das Mediationskomitee festgesetzten Artikel der Vorlage betreffend die Zoll- und Steuerreform, der heute in der Konferenz vorgelegt werden soll, ist folgender:

1. Die Konferenz erachtet für nötig, daß die Exportzölle für die nachstehenden Waren reduziert werden müssen: Kidererbsen auf 2 Peseta anstatt 2,5, Mais 2 Peseta statt 2,5, Gerste 75 Centimes statt 1,5 Peseta, Getreide 1,75 statt 2,5 Peseta. Diese Sätze gelten für den Scheffel, d. h. 53 Kilogramm.

2. Gemäß der früheren Entscheidung des Sultans und besonders nach der Entscheidung vom 28. September 1905 wird bestimmt, daß zwischen allen Häfen des Kaiserreichs der im Küstenhandel vorzunehmende Transport von Getreide und anderen Körnerfrüchten, Geflügel und im allgemeinen von Waren und Tieren aller Art, ob sie marokkanischen Ursprungs sind oder nicht, mit Ausnahme von Pferden und Maultieren, gestattet wird. Der Küstenhandel soll durch Voote aller Nationalitäten ausgeübt werden können, ohne daß von den genannten Artikeln Ausfuhrabgaben zu entrichten wären, aber unter Berücksichtigung der über diese Art von Handel bestehenden speziellen Abgaben und Reglements.

3. Zollniederlagegebühren werden in allen marokkanischen Häfen erhoben gemäß dem von der marokkanischen Regierung im Einvernehmen mit dem diplomatischen Korps in Tanger zu erlassenden Reglements.

4. Opium und Haschisch bilden auch ferner ein Monopol der marokkanischen Regierung mit der Maßgabe, daß für lediglich pharmazeutische Zwecke bestimmtes Opium vom Marokken und der betreffenden diplomatischen Vertretung den einführenden Apothekern oder Ärzten Erlegung eines Wertzolles von 100 Proz. abgefordert wird. Die Maximalmenge des einzuführenden Opiums wird vom Marokken gemeinschaftlich mit der diplomatischen Vertretung festgesetzt. Die Zahl des Mindests, das jede Macht aus Marokko auszuführen das Recht

hat, beträgt 6000 und wird wahrscheinlich auf 10 000 erhöht werden, doch ist die Fassung dieses Artikels noch nicht endgültig festgesetzt.

Zur Lage in Rußland.

(Telegramme.)

* St. Petersburg, 7. Febr. „Ruß“ schreibt: Die von der Regierung an die durch die Agrarunruhen geschädigten Grundbesitzer zu zahlende Entschädigung beträgt nach amtlicher Feststellung 34 000 000 Rubel. Davon entfallen auf die Ostseeprovinzen 11 Millionen.

* Odessa, 7. Febr. In einem Hause erfolgte die Explosion mehrerer Bomben, wodurch zwei Kinder getötet wurden. Der Besitzer der Bomben, der gleichfalls schwer verletzt wurde, erklärte, er habe die Bomben bereit gehalten, um ein Attentat auf die Polizei zu verüben.

* St. Petersburg, 7. Febr. Die „Notwoje Wremja“ meldet aus Tiflis: Für die Schuld des bisherigen Gouverneurs in Kurais, Starostski, und des Vizegouverneurs liegen zweifelslos Beweise vor. Beide befinden sich in Freiheit, dürfen aber Tiflis nicht verlassen.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 7. Februar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag den Geheimrat Dr. Freiherrn von Babo zu längerem Vortrag.

An der Frühstückstafel der Höchsten Herrschaften nahm Ihre kaiserliche Hoheit Prinzessin Wilhelm teil.

Abends um 6 Uhr an hörte Seine königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Geheimrats Becker und des Legationsrats Dr. Seyb.

* Wenige Wochen nur trennen uns noch von der Wiedereröffnung der Schwelinger Gartenbau- und Haushaltungsschule, und da ist wohl angezeigt, Interessenten auf diese treffliche Anstalt aufmerksam zu machen. Sie gehört bekanntlich Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin, welche deren Gedeihen mit warmer Fürsorge verfolgt; die Anstalt ist im Anschluß und nach dem Muster der Großherzogin-Luise-Haushaltungsschule in Baden im Jahre 1900 gegründet worden, da diese letztere samt ihrer Filiale in Baden nicht mehr in der Lage war, den vielen, alljährlich sich wiederholenden Anmeldungen genügend zu entsprechen. All die erzieherischen Grundzüge, die in Baden sich so vortrefflich bewährt haben, sind auch der Schwelinger Anstalt maßgebend, mit dem Unterschied, daß statt Handarbeitunterricht theoretischer und praktischer Gartenbauunterricht erteilt wird. Und für diesen letzteren Zweck ist die Lage der Anstalt die denkbar günstigste: befindet sie sich doch inmitten des berühmten Schwelinger Schloßgartens mit seinen herrlichen Anlagen! Überdies steht vor dem aufs zweckmäßigste und praktischste eingerichteten Schulgebäude ein eigenes für diese Anstalt eingerichteter großer Schulgarten zur Verfügung, der die willkommenste Gelegenheit bietet, die Schülerinnen bei nützlicher Arbeit im Freien zu beschäftigen. Nach den bisher gemachten Erfahrungen ist diese regelmäßige Beschäftigung im Freien von der allgeringsten Wirkung auf die Gesundheit der jungen Mädchen, so daß auch aus diesem Grund der Besuch der Anstalt aufs wärmste empfohlen werden kann. — Der nächste, auf vier Monate berechnete Kurs, in dem noch einige Plätze zur Verfügung stehen, beginnt am 1. März d. J. Nähere Auskunft erteilt die Vorsteherin.

* (Groß-Konvaleszenzhaus für Ruß.) Das sechste Vorspiel (Ausbildungsklassen) fand am 6. Februar, abends 6 1/2 Uhr, im Konvaleszenzhaus statt. Am Donnerstag den 8. Februar, abends 7 1/2 Uhr, wird im Konvaleszenzhaus ein eingeschobenes Vorspiel (Ausbildungsklassen) veranstaltet.

* Verein Volksbildung.) Sonntag den 18. Februar, abends 8 Uhr, hält im Hörsaal der Technischen Hochschule Herr Prof. Dr. Haberer unter Vorführung von Lichtbildern einen Vortrag über: „Kulturelles und ethnographisches aus Japan“. Karten à 20 Pf. sind für die persönlichen Mitglieder in der Geschäftsstelle des Vereins, Karl-Friedrichstraße 14, für die korporativen Mitglieder bei deren Vertreter zu haben. — Ferner findet Mittwoch den 28. Februar, abends halb 8 Uhr, eine Theatervorstellung statt, und zwar

Herren- und Bauernleben in Ostland.*

Von Hedda von Schmid (Reval).

(Nachdruck verboten.)

Ein großer Teil des estländischen Adels entsammt den Geschlechtern der alten Ordensritter. Allerdings sind viele dieser Familien, deren verwitwete, mit seltsamen Tiertaten geschmückte Wappenschilder in den schlichten Kirchen des flachen Landes an weißgetünchtem Steinwand hängen, bereits ausgestorben. Der Landadel, der meist unter einander verheiratet und verwandt ist, sieht seinen Daseinszweck mehr oder weniger in der Bekämpfung der erblichen Scholle. Die zweiten oder dritten Söhne treten nicht selten in den Militärdienst oder werden Regierungsbeamte. In den letzten Jahrzehnten gibt es auch viele, welche den Beruf eines Literaten erwählt haben, d. h. welche Pastoren, Juristen oder Ärzte geworden sind. Der estländische Adel gilt im allgemeinen für hochmütig und erklüßigt den anderen Gesellschaftsklassen gegenüber, deren Stammbäume keine stattliche Ahnenzeichen aufweisen. Er leidet mitunter noch zu sehr an mittelalterlichen Vorurteilen,

* Der Aufsatz der bekannten Romanistikerin Frau Hedda von Schmid, die ihren Wohnsitz lange Jahre auf dem Lande bei Sappal in Estland hatte und jetzt nach Reval übersiedelt ist, wird von ganz besonderem Interesse sein, da er aus eigener Anschauung der Dinge und Menschen im baltischen Ostland stammt. In ihrem Begleitbriefe gibt Fr. v. Schmid eine Schilderung der Verhältnisse im Dez. v. J. „Während einer Woche haben Nordbrenner, jämmerliche Banden von Ehen, ganze Kreise der Provinz verwüdet, täglich mehrten sich die Schreckensnachrichten. . . 78 Güter sind von den Banden, welche das Land verwüsten, allein in Estland im Zeitraum von 8 Tagen bereits beimgelutet. In den letzten Wochen hat sich die Lage wesentlich verändert. Ein größeres Truppenaufgebot ist im Lande eingetroffen, und hat bereits in vielen Teilen des Landes ein strenges Strafgericht über die Nordbrenner abgehalten. D. Red.

und insbesondere sind es die estländischen Edelherren, welche noch immer nicht mit manchem Anhängel aus einer entspannten Zeit aufzuräumen verstehen. Während der Leibeigenschaft herrschte auch in Estland auf den Edelliesen mancherlei Willkür, unter welcher der Bauer schwer zu leiden hatte. Der Eite besitzt die charakteristischen Eigenschaften seiner mongolischen Rasse, die beispielsweise auch für den Kalmücken und Kirgisen bezeichnend sind: Nachsicht, verbunden mit Feigheit, Heimtücke, eine gewisse Schlaubeit und List und schließlich viel Leichtgläubigkeit. Die Fesseln der Leibeigenschaft fielen — in den Ostseeprovinzen wurde ihre Aufhebung durch den freien Entschluß der Ritterschaften noch früher vorbereitet, wie in anderen Teilen des Reichs — und es entwickelte sich zwischen Herr und Knecht ein nicht selten an das Patriarchalische grenzendes Verhältnis. Es gab Diensthöfen, welche während einer langen Reihe von Jahren im Sold ein und derselben Familie standen, die Leid und Freud getreulich mit ihrer Herrschaft teilten; es gab eine Bauernschaft, welche noch Ächtung vor Zucht, Ordnung und Obriktigkeit besaß, welche es dem Herrn anerkannte, wenn der Gutsbesitzer für ihr geistiges und leibliches Wohl sorgte; es gab eine Zeit, in welcher der Knecht noch nicht selber den Herrn spielen wollte und den gütigen Gutsbesitzer nach Gebühr zu schätzen verstand. Der Bauer der baltischen Ostseeprovinzen steht, dank dem Einfluß der Deutschen im Lande, in materieller und kultureller Beziehung weit höher, wie der Bauer im Innern des Reichs. Als vor etwa 15 Jahren die baltischen Ostseeprovinzen eine Umgestaltung erlitten, welche ihrer geschichtlichen Entwicklung zuwider war, da erklit auch nach und nach das friedliche und freundliche Zusammenleben zwischen Gutsbesitzer, Gefinde und Dörflern einen gewaltigen Umschwung. Der Haß des Ehen gegen Deutschtum und Herrentum wurde Jahre hindurch unter dem Deckmantel einer nationalen Bewegung unbehindert geschürt, systematisch genährt, bis er sich schließlich jetzt als Umsturz aller bestehenden Staatsordnung entpuppt hat. Die Großgrundbesitzer, die ganze deutsche Intelligenz sind in den Augen verbündeter und fanatischer Ehen etwas eo ipso Schädliches, das durch Raub, durch bestialische Mordbrennerei vernichtet werden muß. Als beliebiger Vorwand zum Hegen dient den Ehen der Umstand,

„daß ihre Vorfahren unter dem Druck der Leibeigenschaft gelitten hätten“, dafür soll nun nach der hinverbrannten Ansicht des aufgehetzten Volkes die beständige Klasse büßen. Alle Bande der Ordnung und der Disziplin sind zurzeit auf dem flachen Lande gelodert, der Eite, der sich selber so gern „als ernst und besonnen“ bezeichnen, zeigt doch, daß in ihm, obwohl er sich neuerdings zu den Kulturmenschen zählt, eine nur oberflächliche von der Kultur belebte, zügellose Natur steckt. Er vernichtet und zerstört und sieht es nicht ein, daß es seine eigenen Existenzmittel sind, die er dem Untergang preisgibt.

Mit der neuen Zeit verstand allmählich vieles, was früher eine Fierde des Etenvolkes war. Die eigenartige, hübsche Nationaltracht, die in Farben und Schnitt in jedem Gebiet der Provinz anders war, erblickt man jetzt nur noch auf den Ostseestellen Dauden, Rumoo, Künnoe und Wöhin. Die Gewanden aus hellem Leder sind den modernen Abfächelungen geworden, das rote Leder mit dem Stümpel von Silbermünzen hat der englischen Bluse Platz gemacht, man sieht kaum noch die runde Frauenmütze, mit breiten, gebliimten Seidenbändern verziert, die in der Wieck üblich ist, anstatt ihrer tragen die Bäuerinnen Spitzenhauben mit geschmacklosen Federn und grellbunten Blumen. Die in den Städten lebenden Ehen spielen sich vollends als Woddedämchen und Gigerln auf.

Die estländischen Gutsbesitzer gehen meist ganz in der Leitung ihrer Wirtschaft auf — nicht selten auf Kosten ihrer geistigen Interessen. Das Leben auf den dicht gesäten Gutsbesitzern ist ein außerordentlich gasfrieses. Die baltische Gutsbesitzer ist ja berüchtigt, desgleichen aber ist es eine bekannte Tatsache, daß der estländische Landadel über seine Verhältnisse lebt. Der Kredit, den er genießt, ist ein sehr großer, doch, wenn die Kredit gestrichelten Zahlungstermine, der September und der März, herannahen, dann weiß so mancher nicht, auf welche Weise das mit Hypotheken überlastete, ererbte Familiengut vor dem Verlaufe unter dem Hammer zu bewahren ist. Trostlos heißt es auch nach schweren Erfahrungen in pessimistischer Hinsicht nach wie vor: „Lustig gelebt und selig gestorben“. Und dann gibt es noch einen alten guten Spruch in Estland, der lautet: „Gilt Du mir diesen März, so helf ich Dir nächsten März.“ Die durch Gewissenlosigkeit und Lügen der estländischen Presse

gelangt zur Aufführung die Oper „Barfüßler“ und „Phantasia im Bremer Rathaus“. Die Preise der Plätze sind etwas erhöht. Die Billets werden für die persönlichen Mitglieder in der Geschäftsstelle des Vereins ausgegeben; die Lage der Ausgabe werden noch veröffentlicht.

(Die Karlsruber Musikbildungsanstalt) veranstaltet morgen, Donnerstag den 8. Februar, abends 8 Uhr, im Saale des Prinzessin-Wilhelm-Stifts bei freiem Eintritt ihren zweiten Musikabend. Er ist Werken von Johann Sebastian Bach gewidmet. Außer Inventionen und Fugen aus dem wohlkomponierten Klavier gelangt die chromatische Fantasie und Fuge (in H. v. Bälows Ausgabe) zur Aufführung; dazwischen das einzige weltliche Originalstück, das Bach für Sologefang geschrieben hat. Besonders reizvoll sind die wenig bekannten „Tanzweisen“ des Großmeisters, die das interessante Programm neben zwei Sätzen der E-dur-Sonate für Violine und Klavier, und der Air in einer Bearbeitung für Violoncello, Harmonium und Klavier ankündigt. Das Harmonium kommt auch in einer G. v. Erlach'schen Uebersetzung der Preludien b-moll und es-moll zur Geltung.

(Liederabend Anna von Verbrand.) Man schreibt uns: Die Altistin Anna von Verbrand (von Verbrand) aus Wiesbaden, welche am Montag den 12. Februar im Museumsaal ein Konzert veranstaltet, hat in letzter Zeit eine Reihe höchst erfolgreicher Konzerte gegeben. Das Arrangement des Konzertes hat die Hofmusikalienhandlung Hugo Kuntz, Kaiserstraße 114, übernommen.

(Klavierkonzert.) In den Geschäftsräumen des Herrn Hofpianosortefabrikanten L. Schweisgut fanden gestern und heute Klavierkonzerte statt. Morgen und Freitag nachmittags 4 Uhr folgen weitere Vorträge, die für Musikfreier von Interesse sein werden.

(Scheffelsabendfeier.) Der Ausschuss der Studentenschaft hat auf Einladung des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins beschlossen, daß sich die gesamte Studentenschaft der „Friederician“ an der Feier beteiligen soll. Hat doch auch Scheffel, wie kein anderer Dichter, aus seinem tiefen Gemüt heraus studentisches Fühlen und Treiben im Liebe verberichtet. So wird es der auf Sonntag den 4. März, vormittags 11 Uhr, im großen Saal der Festhalle angelegten Feier auch an studentischem Glanz und akademischem Gepräge nicht fehlen.

(Aus der Sitzung der Strafkammer II vom 6. Februar.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Eller. Vertreter der Groß. Staatsanwaltschaft: Referendar Scholl. — Die Dienstmagd Marie M e h m e r aus Gottmadingen, die im Oktober ihrem Dienstherrn, dem Kaufmann E. Straub in Forzheim, den Geldbetrag von 140 M. entwendete, wurde wegen Diebstahls mit 6 Monaten Gefängnis bestraft. — Der Küfer Christian E l f ä h e r aus Dettmaringen, der am 27. Dezember in Forzheim einen der Firma L. Dürl in Frankfurt a. M. gehörenden Mutterkoffer mit Inhalt im Werte von 300 M. durch Diebstahl im Nachhause der Angeklagte zu 1 Jahr Zuchthaus, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft verurteilt. — In der Anklagesache gegen den Goldarbeiter Heinrich M ü l l e r aus Jpringen wegen Diebstahls und Urkundenfälschung erkannte das Gericht auf 1 Monat Gefängnis. — Wegen Diebstahls im Nachhause wurde der Goldarbeiter August E b e r l e aus Forzheim mit 6 Monaten Gefängnis bestraft.

(Aus dem Polizeibericht.) Der geistige Brand in der Karl-Wilhelmstraße entstand dadurch, daß ein 5 Jahre altes Kind, welches kurze Zeit allein im Zimmer war, ein Streichholz anzündete und damit unter das Sopha leuchtete, wobei das Sopha Feuer fing. Der Fahrnis Schaden beträgt etwa 160 Mark und der Gebäudeschaden etwa 400 M. Der Brand konnte von den Hausbewohnern gelöscht werden.

(Seidberg, 6. Febr.) Das Königsstuhlbahnprojekt hat einen wahren Federkrieg heraufbeschworen. Auf dem Königsstuhl hat in der letzten Zeit der Schneepfort geradezu großartige Dimensionen angenommen. — Am Montag veranstaltete der V a c h e r e i n einen Max-Rager-Abend, in dem u. a. die viel umstrittene „Sinfonia“ in glänzender Weise zur Aufführung gebracht wurde. Der Erfolg war hier ein vollkommener. — Am Samstag gab der Debblereverein einen Richard-Dehmel-Abend, bei dem der Dichter eine Auslese seiner Dichtungen vortrug.

(Kleine Nachrichten aus Baden.) Zu dem M ü n z d i e b s t a h l in Mannheim ist zu melden, daß der Täter lokal-fundig gewesen sein muß. Der Altersverein ist gegen Einbruchdiebstahl versichert. — Der 38 Jahre alte, verheiratete Landwirt Volker in Ortenberg (A. Offenb.) wurde von dem 18 Jahre alten Bauernburschen Herb beim Hochzeitsfesten mit einer Wirtale in den Kopf getroffen, was den sofortigen Tod zur Folge hatte. — In Lahr ist der Wipser Nieslinger von Dinglingen beim Abreiten tödlich verunglückt. — In Freiburg ist der Bürgerausschuß auf den 15. Februar zu einer Sitzung zusammenberufen. Der Stadtrat beantragt die Bewilligung eines Kredits von 20 000 M. zur Gewinnung eines Projekts für die Erbauung eines Kraftwerks am Rhein durch die Stadt, ferner die Bewilligung von 995 000 M. für die Errichtung zweier Volksschulhäuser im Stühlinger Stadtteil, der nach der Volkszählung über 14 000 Einwohner zählt. — In Staufen hatte der Dienstknecht Josef Müller von

Heppenheim im Dickrückenloch zu tun. Plötzlich löste sich ein Teil der Decke. Müller wurde verschüttet und konnte nur als Leiche hervorgezogen werden. — Die Kreissteuerkapitalien des Kreises Waldshut betragen für 1906: 210 096 996 Mark (+ 1 601 278 M.).

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Berlin, 7. Febr. Amtlich. Eine aus den kleinen Karasbergen gefommene Hottentottenbande hatte am 31. Januar Vieh geraubt. Hauptmann Salzer, Generalstabsoffizier beim Hauptquartier, und später Hauptmann Robring verfolgte den Feind, der 5 Tote zurückließ, sowie den größten Teil des geraubten Viehs. Diesseits ein Offizier, ein Unteroffizier und ein Reiter verwundet. Wilhelm Maharero, Sohn des Samuel Maharero, starb, wie erst jetzt gemeldet wird, am 25. November 1905 in Tau (Britisch Westsudanland).

* Berlin, 7. Febr. Den Posten des Gesandten in Hamburg erhält Febr. v. Seyling, sein Nachfolger in Belgrad wird der derzeitige Gesandte in Athen, Prinz Max von Ratibor, der seinerseits durch den bisherigen Gesandten in Tokio, Graf Arco, ersetzt wird. Für den neu zu errichtenden Posten des Votschafters in Tokio ist der Gesandte in Peking, Febr. v. von Schwarzenstein in Aussicht genommen, als dessen Nachfolger in Peking ist der Gesandte in Tschernan, Graf Neg., bestimmt, den Gesandtenposten in Teheran wird der derzeitige Generalkonsul in Konstantinopel, Sternrich, erhalten.

* München, 6. Febr. Die Kammer der Reichsräte genehmigte heute den Militäretat und setzte dabei die von der Kammer der Abgeordneten abgelehnte Position für die Beschaffung einer Feldzeugmeisterei wieder ein. Im Laufe der Debatte über den Militäretat sprach der Referent Reichsrat v. Saag in den wärmsten Worten über die Verdienste der Truppen in Deutsch-Südwestafrika. — Reichsrat Febr. v. Würzburg schloß sich dieser ehrenden Anerkennung an und betonte, daß auch viele Vagern in der Schutztruppe ständen. Zwei Offiziere aus im Reichsräte vertretenen Familien hätten in Südwestafrika den Heldentod gefunden. — Zu Ehren der südafrikanischen Truppen erhoben sich Johann die Mitglieder des Reichstages von ihren Sitzen.

* München, 6. Febr. Zu Ehren des Infanten Don Carlos fand gestern nachmittags beim Prinz-Regenten große Galatäfeste statt.

* Triest, 7. Febr. Die Zahl der streikenden Heizer und Matrosen beträgt etwa 1500. Zwei weitere Lloyd-Dampfer sind mit Heizern der Kriegsmarine abgegangen.

* Paris, 7. Febr. Dem „Echo de Paris“ zufolge sei zwischen mehreren Ministern und dem Ordensrat der Ehrenlegion ein sehr ernstes Wort gesprochen, weil der Ordensrat sich weigerte, eine Anzahl der vorgeschlagenen Auszeichnungen zu genehmigen.

* Paris, 7. Febr. Jaurès erklärt in der „Humanité“, das Gericht, daß er aus dem politischen Leben scheiden und seine Professorenlaufbahn wieder aufnehmen wolle, als vollständig unbegründet. Er habe wohl zu seinen Freunden geäußert, falls er zufällig bei den Neuwahlen unterliegen sollte, so würde er es als einen vornehmen Beruf ansehen, den Studenten seine philosophischen und sozialpolitischen Anschauungen vorzutragen. Aber er sei seiner Wiederwahl sicherer denn je.

* St. Cloud, 7. Febr. Gestern mittag wurden hier von etwa 2000 Gegendemonstranten die Fenster des Bischofspalastes und der Kathedrale eingeworfen. Sodann wurde ein Seitenaltar der Kathedrale zerstört und das Kircheninventar auf die Straße geworfen. Das Anzünden desselben verhinderte die Gendarmen. Eine Statue der heiligen Jungfrau aus dem katholischen Museum wurde in den Fluß geworfen.

* Montpellier, 7. Febr. Die Eingänge der Kathedrale waren gestern, als das Inventar aufgenommen werden sollte, fest verschlossen. Um 10 Uhr wurde die Aufforderung erlassen, die Türen zu öffnen, doch blieben dieselben geschlossen. Gensoldaten brauchten eine Stunde, um sie einzuschlagen, da sie von innen fest verbarrikadiert waren. Der Domäneninspektor nahm dann, trotz des Einspruchs des Bischofs das Inventar auf. 10 Personen wurden verhaftet.

* Kopenhagen, 7. Febr. Die Beisehungsfeier findet auf Anordnung Seiner Majestät des Königs Sonntag den 18. Februar statt.

* Kopenhagen, 6. Febr. Der Schiedsgerichtsvertrag zwischen Dänemark und Holland ist heute vom Reichstage endgültig angenommen worden.

* New York, 7. Febr. Dem Staatsdepartement geben fortgesetzte Nachrichten von amerikanischen Vertretern in China zu, wonach die feindliche Stimmung gegen die Amerikaner und gegen amerikanische Waren rasch um sich greift. Es seien Anzeichen vorhanden, wonach alle Ausländer in China möglicherweise mit Ausnahme von Japan Finnen kurzem ebenso bedroht würden wie die Amerikaner.

Verschiedenes.

† Berlin, 7. Febr. Die „Statist. Korresp.“ meldet: Nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 beträgt die Bevölkerung Preußens 37 273 762 gegen 34 472 509 am 1. Dezember 1900. Die Zunahme beträgt 8,13 Proz., also durchschnittlich jährlich 1,57 Proz.

† Berlin, 7. Febr. Der frühere Professor der Geburtshilfe und Frauenheilkunde an der Universität, Adolf Gufferow, ist gestorben.

† Berlin, 7. Febr. Der „Lokalanz.“ meldet: Dem „Seefemer Beobachter“ aus Ellrich im Harz ging eine Zuschrift zu, daß der dortige Tierarzt, der früher als Unterarzt im Dragonerregiment Gumbinnen diente, auf dem Totenbette gestanden habe, den Rittmeister v. Krosigk erschossen zu haben. (Nach einer Mitteilung der Schwester v. Krosigk's, Frau v. Spiegel, an den „Anhalter Kurier“ ist die Meldung vollkommen unbegründet.)

† Dortmund, 6. Febr. (Telegr.) Die Stadtverordneten bewilligten anlässlich der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars 50 000 M. zur Errichtung einer Volksbibliothek.

† Frankfurt, 6. Febr. Zugunsten der Invaliden, sowie der Hinterbliebenen der in Südwestafrika gefallenen Krieger wird am 23., 24. und 25. März d. J. im Hippodrom zu Frankfurt a. M. ein Reiterfest veranstaltet. Der Grundgedanke für den ersten historischen Teil soll der Einzug Gustav Adolfs in Frankfurt a. M. im Jahre 1630 sein.

† Frankfurt, 7. Febr. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß anlässlich der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars mit einem Kapital von 150 000 M. eine Stiftung zur Bekämpfung der Tuberkulose zu begründen.

† Erfurt, 7. Febr. Beim Anschlag an ein anderes Wasserreservoir erlitten gestern mein Hauptrohrbrüche Der angerichtete Schaden ist bedeutend. Fast die ganze Stadt ist ohne Wasser.

† München, 7. Febr. Der Münchener Bildhauer, Professor Wilhelm v. Nuemann, ist in Ajaccio (Korsika), wo er zur Wiederherstellung seiner Gesundheit weilte, gestorben.

† Neapel, 7. Febr. Die Tätigkeit des Bewußtseins dauern fort. Labamassen haben die Besubahn an drei Stellen auf auf fast je 100 Meter überschneidet. Im Laufe des Abends wurde auch eine vierte Stelle von der Lava bedroht, wodurch auch der Bahnhof der Drahtseilbahn in Gefahr geriet. Die Labamassen kamen jedoch zum Stehen. Für die Umgebung des Bewußtseins besteht keine Gefahr.

Wetterbericht des Zentralbüros für Meteorologie und Hydrologie vom 7. Februar 1906.

Während ein barometrisches Maximum den Atlantischen Ozean westlich von Irland bedeckt, liegen Depressionen vor der norwegischen Küste und über dem Mittelmeer. Die letztere verursacht, weit über die Alpen übergreifend, in Süd- und Mitteldeutschland trübes Wetter mit Schneefällen. Die Temperaturen liegen dabei etwas unter dem Gefrierpunkt. Eine wesentliche Änderung ist vorerst nicht zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 7. Februar, früh.

Lugano halbbedeckt 0 Grad; Biarritz bedeckt 2 Grad; Nizza bedeckt 8 Grad; Triest bedeckt 5 Grad; Florenz bedeckt 6 Grad; Rom bedeckt 6 Grad; Cagliari bedeckt 9 Grad; Brindisi bedeckt 8 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Februar	Barom.	Therm.	Abf.	Feuchtigk.	Wind	Himmel
	mm	in C.	in mm	in %		
6. Nachts 9 ^U	753.9	+1.9	4.2	85	NE	bedeckt
7. Morgs. 7 ^U	754.7	-0.3	8.6	81	N	„
7. Mittags 3 ^U	756.0	+1.7	4.1	78	„	„

Höchste Temperatur am 6. Februar +3.5; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -0.8. Niederschlagsmenge des 6. Februar: 0.0 mm. Schneehöhe: 5.0 cm.

Wasserstand des Rheins am 7. Februar, früh: Schusterinsel 1.30 m, gefallen 1 cm; Rehl 1.62 m, gefallen 1 cm; Wagan 3.27 m, gefallen 3 cm; Mannheim 2.74 m, gefallen 9 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Ball-Seide v. Mk. 1.10 ab

— Zollfrei! — Muster an Jedermann! — Seidenfabrik. Henneberg, Zürich.

aufgewiegelt Bauern verpönten gegenwärtig das Land, sprechen jeglicher Ordnung und Verunft Hohn. Und doch wird der Adel als Sieger aus der aufsehend erlittenen Niederlage hervorgehen. Das jetzt verbreitete von Aufrührern Niedergeworfene wird er mit mehr Ernst wieder aufbauen in der neuen, nunmehr anbrechenden Zeit, wo den Deutschen im Valenlande die Möglichkeit gegeben sein wird, die ihnen durch geschichtliche Entwicklung und kulturelle Stellung zukommenden Rechte wieder zu erwerben und zu verteidigen. Der Adel wird mit manchen althergebrachten Vorurteilen brechen müssen, wird sich feigen im Entfagen, um wirklich voll und ganz den Platz auszufüllen, auf den die Tradition ihn gestellt hat, er wird gründlich verstehen lernen, daß nicht der bevorzugte Stand, der Feudalismus, auf den er so gern pocht, adelt, sondern die gesunde, Nutzen und Segen bringende Arbeit.

Esland ist flach, und im allgemeinen fast mit landschaftlichen Reizen. Es gibt allerdings etliche malerisch gelegene Schlösser und Götter, es gibt auch wundervoll romantische Schlösser und Klosterreste, bei deren Anblick die Phantasie zu Nüchternen in die Vergangenheit, wo Tatarenhorden durch das Land zogen und die Brandfackel des Krieges weit über die Ostsee lobte, angeregt wird.

Der estnische Bauer ist zum großen Teil recht genügsam veranlagt, er kennt nicht die Lebensbedürfnisse, mit denen der Letze bereits seit Jahrzehnten rechnet. In Estland lebt die bäuerliche Bevölkerung auch jetzt noch zum Teil in Rauchhütten, d. h. strohgedeckten Hütten ohne Schornstein. Gefalzene Eströminge, Kartoffeln, Schwarzbrot und Kalja (Dümbier) bilden die Hauptnahrungsmittel.

Zwischen grauen Steinwänden, die als Schutzwälle gegen Schneewehen errichtet sind, liegen die aus einer kleinen Anzahl von Hütten und Bauernhöfen bestehenden Dörfer, umstanden von verkrüppelten Birken und volltragenden Ebereschen. Ueber die Räume spannt sich ein Netz von Brombeerranken. Es liegt ein eigenartiger Zauber in diesem wellfendenden Landschaftsbilde — barfüßige Kinder mit wehendem Flachshaar spielen am Rande eines Wassertröpfels, auf dem eine Gänseherde umherdrückt. In lauen Sommernächten erklingen

Harmonikationen auf der mondbeschiedenen Dorfstraße, oder ein vielschichtiges gemengtes Volkslied zieht in weichen Akkorden durch die nächtliche Einsamkeit. Die Eisen sind außerordentlich unzufällig veranlagt. Die estnische Volksliteratur ist reich an Fabeln der Myth, reich an mannigfachen Sagen und Legenden und sinnigen, sowohl wie drastischen Sprichwörtern. Ein schwermütiger Hauch liegt über dem ganzen Lande, sei es aus dem Glanz, dem Hellenheit der Ostsee, sei es im Tannenreiß Jernens, dem weidreichen Teil der Provinz, oder im reizlosen Garien und dem Aschenbrödel Estlands, der Wief, wo die Armut so recht zu Hause ist. Nach jahrelangen Mägen ist das Land verarmt, jetzt nach dem Aufstand der estnischen Bevölkerung, in den unter dem ausgeübten Terror der anarchischen geminn Anführer der Nordbrennerbanden auch die dem Unsturz abgeneigten Bauern wider Willen mit hineingezogen werden, ist der Wohlstand auf zahlreichen Gütern binnen wenig Tagen vernichtet worden und es wird einer unabhärbaren Arbeit bedürfen, um das Verlorene wieder einzubringen. Das Herrtentum hat ausgenutzt, das Land gehört uns allein, sagen die verblendeten Bauern und greifen bereitwillig zur Waffe, die man ihnen von seit langem wohlorganisiertem anarchischer Seite in die Faust drückt.

Verlassene Güter liegen im schneebenden Januarfrost da, ihre Besitzer haben der rohen Uebermacht weichen müssen und sind geflohen, das Vieh brüllt futterlos in den Ställen, Rauchsäulen und Flammen steigen gen Himmel. — Der Bauer verläßt, von dem Städter, dem „Wachholberchern“ (Spitzname für geschulte Jungsten), der Unsturztheorien und Anarchie predigt, aufgehetzt, seine Rauchhütte, er schießt den Eströmung in der Kalzale und den Krug mit Dümbier bei Seite, er hilft wieder mit beim Senen und Brennen und heraufschicht sich an dem Branntwein, den er aus der zertrümmerten Branntweinbrennerei des zerstörten Gutes geräubt hat. Der Bauer wird unter dem Zauber der Aufregung gegen alles bestehende Gesetz zur Weite, er schont nichts mehr, er erniedrigt das Gotteshaus zum Schauspiel von Versammlungen, bei denen aufreißerische Reden gehalten werden, er steckt den Prediger, der ihn gekauft und eingeseget, in den Sad und

schleift ihn von der Kanzel. Die estnischen Bäuerinnen, die früher still und fleißig ihrer Arbeit nachgingen, stehen ebenfalls unter dem Einfluß der unheilvollen Volksbewegung. Der Eise, der so geschickt vorbereitet worden ist, daß jetzt die mit zündenden Worten verbreiteten anarchischen Lehren auf geistlichen Boden fallen, schießt plötzlich alle schlimmen Instinkte seiner Mongolematen erwecken. Wie durch einen Zauberschlag ist das flache Land verwandelt worden. Jedwede patriarchalische Sitte, jede Poesie ist verschwunden, eine wilde, zügellose Motte verheert die unglückliche Provinz. In den Augen der Aufständischen beginnt ein neues Herrenleben. Es wird unsehbar mit dem Schwert ausgerottet werden, und das irre geleitete, in falsche Bahn gebrängte Volk wird einer Anarchie verfallen, die es sich selber geschaffen hat. Nach dem Bürgerkrieg folgt der Hunger mit allen seinen furchtbaren Begleitererscheinungen.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.
Donnerstag, 8. Febr. Abt. A. 42. Ab.-Vorst. Neu einstudiert: „Macbeth“, Trauerspiel in 5 Akten von Shakespeare, überfetzt von Tied. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.
Freitag, 9. Febr. Abt. B. 41. Ab.-Vorst. „Das Glöckchen des Eremiten“, komische Oper in 3 Akten von Aimé Maillart. Anfang 7 Uhr, Ende nach halb 10 Uhr.
Samstag, 10. Febr. Abt. C. 40. Ab.-Vorst. „Nathan der Weise“, dramatisches Gedicht in 5 Akten von Lessing. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.
Sonntag, 11. Febr. Abt. A. 41. Ab.-Vorst. „Tannhäuser oder der Sängerkrieg auf Wartburg“, in 3 Akten von R. Wagner. Tannhäuser: Desider Matray von Stadttheater in Breslau als Gast. Anfang 6 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.
Montag, 12. Febr. 42. Ab.-Vorst. „Kabale und Liebe“, Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Zur Heidelberger Schloßfrage

erschienen im Verlage der
G. Brannschen Hofbuchdruckerei, Karlsruhe i. B.

- Die Bedachung am Heidelberger Otto Heinrichsbau von 1689.** Architekturgeschichtliche Untersuchung als Beitrag zur Klärung schwebender Fragen. Von Professor **Kohmann**, Architekt. Preis 1.20 Mk.
- Zur Zukunft des Heidelberger Schlosses.** Betrachtungen am Vorabend endgültiger Entscheidung. Von Professor **Kohmann**, Architekt. Preis 40 Pf.
- Verhandlungen der Heidelberger Schloßkonferenz vom 15. Oktober 1901.** Amtliche Aktenstücke, veröffentlicht im Auftrag Großh. Bad. Finanzministeriums. Preis 60 Pf.
- Verhandlungen der zweiten Heidelberger Schloßbaukonferenz vom 17./18. April 1902.** Veröffentlicht im Auftrag Großh. Bad. Finanzministeriums. Preis 60 Pf.
- Das Heidelberger Schloß.** Werden, Zerfall und Zukunft. In 12 Vorträgen dargestellt von **Adolf Zeller**, Kgl. Regierungsbaumeister, Darmstadt. Mit 100 Abbildungen im Text und auf 34 Tafeln. Gebd. 12.— Mk.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Eröffnungs-Konzert

anlässlich der Einweihung des neuen, grossen „Festsalles“

„Friedrichshof“

Donnerstag den 8. Februar er. abends 8 Uhr ausgeführt von der Kapelle des 1. Bad. Leib-Grenadier-Regiments unter Leitung des Königlichen Musikdirektors **Herrn A. Boettge**.

Eintritt 50 Pfennig. Sehr gewähltes Programm.

Amtliche Ausgabe
der
Badischen Vermessungsanweisung
(Neuauflage von 1863)
um jeden Preis zu kaufen gesucht.
Karl Frey, Trigonometrie, Freiburg,
Merschstr. 8. F. 966.12.2

Drogerie
CARL ROTH
Grossh. Hoflieferant
Herrenstr. 26 • Karlsruhe
Telephon 180
Grösstes Geschäft
der
**Drogen-, Kolonial-, Material-
und Farbwaren-Branche**
am Platze 40.15
Sämtliche Bedarfs-Artikel für alle
Gewerbe
Gute und billige Einkaufsquelle für
Lebensmittel
Preislisten stehen gerne zu Diensten
Prompter Versand nach auswärts.

Bürgerliche Rechtsstreite.

F. 985.2.1. Nr. 1074. Bonndorf.
Die **Friedrich Buchmann** Ehefrau, Karoline geb. Maier in Seewangen, Gemeinde Mettenberg, hat beantragt, ihren Ehemann, den verheirateten Landwirt und Wilderhändler **Friedrich Buchmann**, geboren am 8. Februar 1852 in Birtenhördt, bayer. Pfalz, Sohn des **Friedrich Buchmann** und der **Elisabetha geb. Hoffmann**, zuletzt wohnhaft in Seewangen, Gemeinde Mettenberg, für tot zu erklären. Der bezeichnete Verheiratete wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf **Donnerstag den 25. Oktober 1906**, vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer Nr. 1, anberaumten Aufgebots-termin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verheirateten zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebots-termin dem Gericht Anzeige zu machen.
Bonndorf, den 30. Januar 1906.
Großh. Amtsgericht.
gez. Kiefer.

Dies veröffentlicht:
Der Gerichtsschreiber.
Ph. Waischlicher.

Kontursverfahren.
F. 2. Nr. 1003. Freiburg. In dem Kontursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Josef Bed** in Freiburg wird zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren

Vermögensstücke der Schlusstermin auf **Mittwoch den 28. Februar 1906**, vormittags 9½ Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht hier selbst, Zimmer Nr. 5, bestimmt.
Freiburg, den 1. Februar 1906.
R. Frey,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Kontursverfahren.
F. 988. Nr. 944 I. Karlsruhe. In dem Kontursverfahren über das Vermögen des am 29. Oktober 1905 verstorbenen, zuletzt hier wohnhaft gewesenen **Wiednermeisters Ferdinand Edelmann** ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke Schlusstermin auf **Freitag den 2. März 1906**, vormittags 11 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht hier selbst, Akademiestraße 2 A, III. Stod, Zimmer Nr. 17, bestimmt.
Karlsruhe, den 6. Februar 1906.
Thum,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Kontursverfahren.
F. 3. Nr. 888 II. Karlsruhe. Ueber das Vermögen des **Uhrmachers Otto Meyer** in Karlsruhe, Kronenstr. 49, wurde am 6. Februar 1906, vormittags 12 Uhr, das Kontursverfahren eröffnet.
Der Kaufmann **Moriz Seiserheld** hier wurde zum Kontursverwalter ernannt.
Kontursforderungen sind bis zum **10. März 1906** bei dem Gerichte anzumelden.
Es ist zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubiger-ausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Kontursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Donnerstag den 22. Februar 1906**, vormittags halb 12 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Donnerstag den 22. März 1906**, vormittags halb 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte, Zimmer Nr. 10/12, Termin anberaumt.
Allen Personen, welche eine zur Kontursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Kontursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeindefuldner zu verpfänden oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestiz der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Kontursverwalter bis zum **10. März 1906** Anzeige zu machen.
Karlsruhe, den 6. Februar 1906.
Thum,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Bekanntmachung.
F. 14. Karlsruhe. In dem Kontursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Josef Bed** in Freiburg wird zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren

hier soll mit Genehmigung des Großh. Amtsgerichts hier die Schlussverteilung erfolgen.
Hierzu sind verfügbar 311,81 M. und zu berücksichtigten 1453,11 M. Forderungen ohne Vorrecht.
Karlsruhe, den 7. Februar 1906.
Franz Geuer,
Kontursverwalter.

Kontursverfahren.
F. 16. Konstanz. In dem Kontursverfahren über das Vermögen des **Schreinermeisters Peter Roth** in Dettingen ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf:

Montag den 26. Februar d. J., vormittags 9 Uhr.
Konstanz, den 31. Januar 1906.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Kontursverfahren.
F. 987. Konstanz. Das Kontursverfahren über das Vermögen des Bauunternehmers **Jacob Auer** von Bollmatingen wurde nach erfolgter Abhaltung des Schlusstermins und Vollzug der Schlussverteilung unterm 1. d. M. aufgehoben.
Konstanz, den 2. Februar 1906.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Bekanntmachung.
F. 4. Nr. 1269. Oberkirch. In dem Kontursverfahren über das Vermögen des Spezereihändlers **Anton Weß** in Thiergarten ist der Vergleichsvorschlag des Gemeindefuldners, sowie die Erklärung des Gläubiger-ausschusses bis zu dem auf **Montag den 19. Februar 1906**, vormittags 11 Uhr, bestimmten Vergleichstermin zur Einreichung der Beteiligten auf der hiesigen Gerichtsschreiberei angelegt.
Oberkirch, den 5. Februar 1906.
Schneider,
Amtsgerichtsschreiber.

Bekanntmachung.
F. 5. Triberg. In dem Kontursverfahren über das Vermögen des **Zieglers Friedrich Wöhler** in Hornberg wurde durch Gerichtsbeschluss vom 5. d. M. Termin zur Verhandlung und Abstimmung über den Zwangsvergleichsvorschlag auf:

Dienstag den 20. Februar 1906, vormittags 11¼ Uhr, bestimmt, wozu die beteiligten Gläubiger mit dem Anfügen geladen werden, daß der Vergleichsvorschlag auf der Gerichtsschreiberei zur Einreichung der Beteiligten niedergelegt ist.
Triberg, den 5. Februar 1906.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
Wölke.

Zwangsvollstreckung.
F. 967. Nr. 1560. Freiburg.
Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Freiburg i. B. belegene, im Grundbuche von Freiburg i. B. Band 75, Heft 34, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der **Gütergemeinschaft (Erzengenschaftsgemeinschaft nach bad. Landrecht) zwischen Sanne, Otto, Apotheker**, und dessen Ehefrau **Karolina geb. Schwelger** eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am **Montag den 9. April 1906**, vormittags 10 Uhr, durch das unterzeichnete Notariat in dessen Diensträumen Kaiserstraße Nr. 24 II. in Freiburg i. B. versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 28. November 1905 in das Grundbuche eingetragen worden.
Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde ist jedermann gestattet.
Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der

Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diesem, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einseitige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Beschreibung des zu versteigernden Grundstücks:
Grundbuch von Freiburg i. B. Band 75, Heft 34, Bestandsverzeichnis I: Lsg. Nr. 865, Aumwehen Augustinstraße Nr. 4 mit 216 qm Hofreite.

Hierauf steht:
a) ein teils dreif., teils vierstöckiges Wohngebäude mit gewölbtem Keller,
b) ein dreistöckiger Seitenbau mit Verkhütte und Wohnung,
c) ein zweistöckiger Querbau mit Küche und Zimmer.

Geschätz zu 65 000 Mk.
Freiburg, den 30. Januar 1906.
Großh. Notariat I.
als Vollstreckungsgericht.
Caertner.

F. 989. Karlsruhe.
Namensänderung betr.
Der am 11. März 1882 in Ludwigshafen a. Rh. geborene und dort wohnhafte **Beschäftigter Peter Wilhelm Dapler** hat um die Ermächtigung nachgesucht, seinen Familiennamen in **Wolf** zu ändern.

Einige Einwendungen gegen die Bewilligung dieses Gesuchs sind binnen 3 Wochen dahier geltend zu machen.
Karlsruhe, den 1. Februar 1906.
Großh. Ministerium
der Justiz, des Kultus u. Unterrichts.
In Vertretung.
Hübich.
Direktor.

Labung.
F. 1.3.2.1. Nr. 9193. Karlsruhe.
Gegen

- Steinmann, Peter**, Hausburche, geboren am 29. Dezember 1883 zu Mühlheim, Amt St. Ingbert, zuletzt wohnhaft zu Baden.
- Kern, Karl**, geboren am 17. April 1882 zu Ruffdorf, Amt Landau, zuletzt wohnhaft zu Karlsruhe.
- Kohlmann, Friedrich**, Kauf- und Wagenmeister, geboren am 10. März 1883 in Stein, Amt Bretten, zuletzt wohnhaft zu Karlsruhe.
- Graf, Adolf**, geboren am 27. August 1883 zu Vietighheim, Amt Rastatt, zuletzt wohnhaft daselbst.
- Kaufmann, Salomon**, Kaufmann, geboren am 4. August 1883 in Neidenstein, Amt Sinsheim, zuletzt wohnhaft in Bruchsal.
- Jäger, Siegfried**, Kaufmann, geboren am 5. Februar 1882 zu Friedberg, zuletzt wohnhaft in Karlsruhe.
- Brand, August Hermann**, Mechaniker, geboren am 22. September 1884 in Stuttgart, zuletzt wohnhaft in Karlsruhe.

ist das Hauptverfahren vor der Strafkammer I hier eröffnet, weil sie als Beschuldigte, in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis das Bundesgebiet verlassen haben oder nach erreichten mitfahrpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufhalten.

Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 Str.-G.-B.
Dieselben werden auf **Donnerstag den 26. April 1906**, vormittags 9 Uhr,

vor die I. Strafkammer des Großh. Landgerichts Karlsruhe zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von den Herrn Zivilvorstehenden der Erstausschüsse Baden, Landau, Bretten, Rastatt, Sinsheim, Friedberg und Stuttgart über die der Anlage zugrunde liegenden Tatsachen ausgesprochenen Erklärungen verurteilt werden.
Karlsruhe, den 5. Februar 1906.
Großh. I. Staatsanwalt.
Duffner.

Verkauf von
Nadelholzstammholz.
Das **Großh. Forstamt Wendlingen** in Freiburg verkauft das nachstehend bezeichnete tannene Stammholz im Wege schriftlichen Angebots:
Domanenwald St. Ulrich Wald: 279 Stüd mit 374 Fm. in 3 Losen und 93 Wautangen I. und II. in einem Los. F. 832.2.
Domanenwald Raterwald: 189 Stüd mit 325 Fm. in 2 Losen.
Gemeindefeld von Bollschweil: 588 Stüd mit 676 Fm. in 3 Losen.
Wald der Freiherrl. von Salzingen Familie: 143 Stüd mit 210 Fm. in einem Los.

Alles Holz lagert im **Vollschweiler (Mühl-) Tal**, 11 bis 13 Kilometer von Bahnhstation Krozingen oder Freiburg.

Kaufliebhaber werden das Forstamt auf Verlangen.
Kaufliebhaber wollen ihre Angebote auf die einzelnen Lose bis spätestens **Donnerstag den 15. Februar** d. J., verschlossen, und mit bezüglicher Aufschreibung, beim Forstamt einreichen, um welche Zeit die eingelaufenen Angebote im Beisein der erschienenen Bieternden eröffnet werden.

Arbeitsvergebung.

Die fertige Aufstellung von beiläufig 365 00 m 1,5 m hohen und beiläufig 410 00 m 1,20 m hohen **Drahtgeflechtseinfriedigungen** bei verschiedenen Gebäuden der Güterbahn Gumbel-fingen—Freiburg—Leutersberg ist zu vergeben.

F. 12.2.1.
Auf unserer Kanzlei können die nötigen Unterlagen eingesehen und Angebotsordrude in Empfang genommen werden.
Die Angebote sind verschlossen, mit der Aufschrift „Einfriedigungsarbeiten“ versehen, Postgeld frei, spätestens bis **Mittwoch den 21. Februar 1906**, vormittags 11 Uhr, bei uns (Deutscher-Ordensstraße 3, III. Stod) einzureichen.
Zuschlagsfrist 2 Wochen.
Freiburg i. B., den 5. Febr. 1906.
Großh. Eisenbahninspektion.

F. 18. Karlsruhe.
Großh. Bad. Staats-
Eisenbahnen.

Die Gültigkeit des Ausnahmetarifs 10a (Rais) im Tarif für den Güterverkehr Mannheim usw.—Baden und Baden-Baden wird bis Ende Dezember 1906 verlängert.
Karlsruhe, den 6. Februar 1906.
Großh. Generaldirektion.

F. 991. Karlsruhe.
Großh. Bad. Staats-
Eisenbahnen.

Mit Wirkung vom 25. Februar 1906 findet im **Badischen Gütertarif** der Ausnahmetarif Nr. 33 für Milch usw. unter den gleichen Bedingungen auch auf „Milchpulver“ Anwendung.
Karlsruhe, den 5. Februar 1906.
Großh. Generaldirektion
der **Badischen Staatsbahnen.**

Großh. Bad. Staats-
Eisenbahnen.

Die Herstellung von beiläufig 4000 qm Straßengestühl für den Anmarschweg von **Neuenburg** nach der **Reinbrücke** längs des Bahnkörpers soll vergeben werden.

Schriftliche Angebote sind pro qm unter Angabe des Steinmaterials verschlossen und mit entsprechender Aufschreibung versehen, postfrei (Auslandsporto) bis längstens **Donnerstag den 15. Februar d. J.** anber zu reichen, wofelbst Zeichnungen und Bedingungen eingesehen werden können. F. 984.2.2
Zuschlagsfrist 2 Wochen.
Baden, den 5. Februar 1906.
Der **Großh. Bahnbaupinspektor.**

Mitteilung des
Großh. Statistischen Landesamts
Monatliche Durchschnittspreise von **Kafer, Stroh und Heu**
für den Monat **Januar 1906.**

Orte.	Hafer (Stroh) Heu		
	100 Kilogramm		
1. Mittlere Monatspreise.			
	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
Konstanz	—	5 50	6 75
Mehlfr.	15 90	—	—
Stodach	—	5 20	6 20
Willingen	15 54	—	5 08
Freiburg	16 66	5 60	7 —
Offenburg	—	5 60	6 —
Rastatt	—	—	8 —
Bruchsal	—	5 25	6 25
Karlsruhe	—	6 —	8 —
Mannheim	16 98	4 50	8 50
Mosbach	17 —	—	6 —
Wertheim	15 —	—	—

Orte.	2. Monatliche Durchschnitte der höchsten Tagespreise (ohne Zuschlag).		
	Reichsgesetz vom 21. Juni 1887 betr. die Naturernteung für die bewaffnete Macht im Frieden.		
	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
Konstanz	—	5 75	7 —
Mehlfr.	16 10	—	—
Stodach	—	5 60	6 80
Willingen	15 73	—	5 08
Freiburg	16 88	5 60	7 —
Offenburg	—	5 60	6 —
Rastatt	—	—	8 —
Bruchsal	—	5 50	6 50
Karlsruhe	—	6 —	8 —
Mannheim	17 40	4 50	9 —
Mosbach	17 —	—	6 —
Wertheim	15 50	—	—